

P2 Projekt 2: Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

- 1 Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen
- 2 Direkte Demokratie ist ein wichtiges Korrektiv der parlamentarischen Demokratie. Das zeigte
- 3 sich zuletzt bei den erfolgreichen Volksentscheiden zum Tempelhofer Feld und den Berliner
- 4 Wasserbetrieben sowie dem Beinahe-Erfolg bei der Rekommunalisierung der Berliner
- 5 Energieversorgung. Wir wollen daran anknüpfen und die direkte Demokratie weiter stärken,
- 6 indem wir Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen ziehen. Wir senken die Quoren und
- 7 orientieren uns dabei an dem, was in Bayern, Hessen und Hamburg bereits erfolgreich
- 8 praktiziert wird. Volksentscheide sollen auf Wunsch der Initiator*innen innerhalb bestimmter
- 9 Fristen gemeinsam mit allgemeinen Wahlen oder anderen Entscheiden stattfinden. Für den Fall,
- 10 dass das Abgeordnetenhaus Volksgesetze wieder ändert, führen wir ein sogenanntes
- 11 Einspruchsreferendum ein und geben den Berliner*innen dadurch die Möglichkeit, erneut
- 12 darüber abzustimmen. Das Abstimmungsrecht wollen wir auf Berlinerinnen und Berliner mit oder
- 13 ohne deutschen Pass erweitern, die mindestens 16 Jahre alt und mit alleiniger Wohnung oder
- 14 Hauptwohnung im Berliner Melderegister verzeichnet sind. Außerdem setzen wir uns für das
- 15 Wahlalter 16 und als ersten Schritt für das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-
- 16 Bürger*innen ein. Um das Zusammenwirken von repräsentativer und direkter Demokratie zu
- 17 verbessern, ermöglichen wir es Initiator*innen eines Volksbegehrens, nach dem erfolgreichen
- 18 Abschluss der ersten Stufe in den zuständigen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses angehört zu
- 19 werden und im Anschluss daran das Begehren nachzubessern, wobei sein ursprünglicher Kern
- 20 erhalten bleiben muss. Die Gründe für die Ungültigkeit von Unterschriften müssen den
- 21 Initiator*innen erklärt werden. Schließlich sorgen wir dafür, dass die Abstimmungsunterlagen
- 22 künftig auch in leichter Sprache vorliegen.